



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 888 890

/XVII/44 - 21. Februar 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Vor dem Ende des algerischen Krieges</u> Vom Westen wird eine Belastung genommen Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB	49
2 - 2a	<u>Grosstat des menschlichen Geistes</u> Clenns Weltraumflug - Erfolg der westlichen Welt	53
3 - 4	<u>Die SPD und der Koalitionsetritt</u> Versteckte Diffamierung der Sozialdemokratie	66
5 - 6	<u>Grenzen der Technik und der Moral</u> Die Lehren der Sturmflutkatastrophe	89

\* \* \*  
\* \*

Vor dem Ende des algerischen Krieges

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Am 1. November 1954 begann in Algerien der Krieg. Er hat auf beiden Seiten grosse Opfer gefordert. Niemand wird die genaue Zahl der Toten je feststellen können. Aber es waren mit Sicherheit mehr als 300 000.

Die französische und die algerische Verhandlungsdelegation haben sich weitgehend geeinigt. Ein Waffenstillstand steht unmittelbar bevor. Da die französische Delegation bei ihren Verhandlungen in ständigem Kontakt mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle stand, ist von dieser Seite mit keinen Schwierigkeiten zu rechnen. Die algerische Delegation und die Exilregierung haben das Verhandlungsergebnis dem Nationalrat der algerischen Revolution (GNRA) vorzulegen. Er tritt in Tripolis zusammen. Man kann den Beratungen dieses Gremiums mit Optimismus entgegensehen. Der Chef der algerischen Exilregierung Ben Chedda steht hinter dem Verhandlungsergebnis. Gerade sein Einfluss im Nationalrat der algerischen Revolution ist ausserordentlich gross. Es war gerade dieses Gremium, das ihn nach Ferhat Abbas die Verantwortung übertrug.

Die Vereinbarungen gehen weit über einen Waffenstillstand hinaus. Sie betreffen insbesondere die Regelung der Übergangszeit, den Abstimmungsmodus in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht, die erfreulicherweise vereinbarte weitere französisch-algerische Zusammenarbeit, den Status der Europäer in Algerien und die französischen Militärstützpunkte. Ein für beide Seiten annehmbares Ergebnis liegt vor. Mit der Unterzeichnung durch beide Seiten sind die Probleme keineswegs gelöst und noch muss mit grossen Schwierigkeiten gerechnet werden. Aber die Unterschriften verpflichten beide Seiten, gegen alle Friedensstörer gemeinsam vorzugehen.

Der algerische Krieg war nicht nur eine furchtbare Belastung für Frankreich und Algerien: Er war eine harte Belastung für die westliche Welt insgesamt. Niemand kann froher sein als wir, wenn diese Belastung nun von unserem Nachbarn und Verbündeten Frankreich und von uns allen genommen werden kann. Ein Friedensschluss in Nordafrika ist aber auch von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung in Afrika insgesamt. Ein unabhängiges Algerien wird in Afrika ein entscheidendes Wort mitzureden haben. Algerien, Marokko und Tunesien werden in Maghreb zu einer

engen Zusammenarbeit kommen. Es gibt nun auch eine echte Chance, einen Ausgleich zwischen den Staatergruppen von Monrovia und Casablanca herbeizuführen.

Der algerische Krieg hat aber auch zwangsläufig manchen Schatten auf das deutsch-französische Verhältnis und auf unser Verhältnis zu den Algeriern werfen müssen. Wir sind froh, dass auch hier ein Schlußstrich gezogen werden kann. Erinnerung sei insbesondere an das leidige Kapitel der Fremdenlegion. Aber auch der Aufenthalt von etwa 3 500 algerischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik hat zu manchen Schwierigkeiten geführt. Gerade in den letzten Wochen haben einzelne Sprecher der algerischen Seite behauptet, die in der Bundesrepublik lebenden Algerier würden diskriminiert und schlecht behandelt. Wir wollen nicht bestreiten, dass es die eine und die andere Farbe gegeben hat. Aber wir müssen auch der algerischen Exilregierung sagen, dass man sich darum bemüht hat, die hier lebenden Flüchtlinge und Studenten korrekt zu behandeln. Eine Befragung dieser Algerier beweist das ganz eindeutig.

+ + +

#### Grostat des menschlichen Geistes

sp - Viele Millionen Menschen auf dem Erdbund verfolgten mit bangenden Herzen den so oft aufgeschobenen, nun endlich erfolgten Flug des Astronauten Oberst Glenn in das Weltall. Nach dreimaliger Erdumkreisung ist dieser Mann, dessen Nerven aufs Höchste beansprucht wurden, auf den sich die Blicke der ganzen Welt richteten und der nur zu den Grossen der amerikanischen Nation gehört, am vorgesehenen Ort wohlbehalten gelandet - eine Leistung, die sich eindrucksvoll in die Reihe menschlicher Pioniertaten einreicht. Ihm, den Technikern und Wissenschaftlern, gilt der Dank der amerikanischen Nation. Die amerikanische Regierung hat gewaltige Summen in dieses Unternehmen

21. Februar 1962

investiert, die besten Köpfe ihres Landes dafür beansprucht und einen Apparat geschaffen, dessen Präzision Bewunderung erregt.

Als die Sowjetunion ihre ersten Sputniks startete, Gagarin und Titow in den Weltraum entsandte, schlich sich neben den Gefühl der Anerkennung auch ein Gefühl des Unbehagens, ja der Furcht, ein. Was geschähe, würde die Sowjetunion, so fragten viele, das Monopol der Weltraumflüge für eine lange Zeit behalten und die Vereinigten Staaten in die Rolle einer zweitklassigen Weltraummacht drängen? Charu-schtschow, nachherauscht von den Erfolgen sowjetrussischer Raketen-technik, hat wiederholt zu westlichen Gesprächspartnern gesagt, die Sowjetunion wäre eine Weltmacht, sie schickte Menschen in den Welt-raum und die Amerikaner nur Affen. Damit wollte er wohl die Ver-geblüchtheit amerikanischer Anstrengungen und den nicht mehr einzu-holenden Vorsprung der Sowjetunion auf dem Gebiet der Weltraumflüge unterstreichen. Dieser Hochmut, ja, diese Grossmännssucht, die man-che beeindruckt mochte, kam am 20. Februar zu Fall; insofern war dieser Tag ein Tag von historischer Bedeutung.

Durch den gelungenen Flug des Astronauten Glenn hat die ganze westliche Welt an Mut und Selbstvertrauen gewonnen. Die Furcht, im Wettlauf um die Erforschung des Weltalls gegenüber der Sowjet-union im Rückstand zu bleiben, ist nicht mehr berechtigt. Vielleicht wird sich die Sowjetunion nun bereitwilliger zur Zusammenarbeit zeigen; noch steht der Vorschlag der Vereinigten Staaten, die gros-sen Energien beider Weltmächte für gemeinsame Forschungsarbeiten im Weltall zusammenzuliegen. Das wäre wahrhaft der Anfang einer neuen und faszinierenden Epoche, deren Beginn mit dem Namen des Oberster Glenn verbunden sein würde. Seine Tat und die Leistung jener, die sie ermöglichten, eröffnet ungewöhnliche Ausblicke für die Zukunft der Menschheit.

### Die SPD und der Koalitionsstreit

Bdt. - Der Streit innerhalb der Regierungskoalition ist eine objektive Tatsache. Das wird von niemandem bestritten. Die schlimmsten Voraussagen, die in der Zeit der mühevollen Koalitionsverhandlungen in den verschiedensten Lagern getroffen wurden, sind bestätigt worden. Darüber mag Freude empfinden, wer kann. Verantwortungsbewusste Politiker jedenfalls werden es nicht können - das bleibt festzuhalten.

Vielleicht muß es überhaupt erst einmal ausdrücklich festgestellt werden. Es wäre doch wohl absurd, auf der einen Seite den "Ernst der Lage" konstatieren zu müssen - und darin sind alle einig -, und auf der anderen Seite Freude darüber zu empfinden, daß an der Spitze, dort, wo die Lage gemeistert werden soll und wo ihr Ernst am heftigsten empfunden werden müßte, die Uneinigkeit zur Unfähigkeit führen könnte und offenbar schon zur Lähmung geführt hat. Zahllose Pressestimmen beweisen, daß die Blamage gegenüber dem Ausland nicht mehr wegzuleugnen ist.

Natürlich ist auch im Inland der Vertrauensschwund immer deutlicher zu spüren, den die Bundesregierung erlitt. Ist es nun so, daß wegen des Prestigeverlustes der CDU/CSU-FDP-Koalition die SPD in die Rolle des kohlachenden Dritten gerater wäre? Daß die deutsche Sozialdemokratie eine so schäbige Haltung einnehme, versuchen interessierte Kreise seit einigen Tagen mehr und mehr der deutschen und der Weltöffentlichkeit zu suggerieren. Solche Suggestionen sind um so bedenklicher, als sie auf dem Hintergrund der tatsächlich vorhandenen nationalen Bedürfnisse gesehen werden müssen. Die Zerrissenheit bei denen, die sich doch wenigstens untereinander einig sein müßten, soll verharmlost werden. Das alles ist auch auf dem Hintergrund des wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie zu sehen, die dem Ruf nach jüngeren Kräften und klarer Führung entgegenkommt.

Es ist unverständlich, wenn es zum Beispiel in einem großen Blatt heißt:

"Der Kanzler hat verstanden, daß die öffentliche Meinung des Landes mit dem unzulänglichen Funktionieren der Regierungskoalition recht unzufrieden ist. Nicht daß die Öffentlichkeit übertriebene Erwartungen gehabt hätte. Die mühsame Umständlichkeit der Koalitionsbildung gab zur Skepsis Anlaß. Doch selbst reduzierte Hoffnungen auf den

Zusammenhalt und das Zusammenwirken der Koalitionspartner sind bisher nicht ausreichend erfüllt, ja zum Teil enttäuscht worden. Darüber muß man sich, auch in Regierungslager, klar sein - selbst wenn gleichzeitig darauf hinzuweisen ist, daß die Sozialdemokraten ein begreifliches Interesse daran haben, die unbefriedigenden Zustände innerhalb der kleinen Koalition so zu dramatisieren, daß damit psychologische Voraussetzungen eines Auseinanderbrechens dieser Koalition und damit der Bildung einer großen Koalition geschaffen würden".

"Die Verantwortung tragen wir alle!" Das war und ist die Bessenz der sozialdemokratischen Einstellung zur Bundesregierung. Es muß noch einmal in Erinnerung gerufen werden, was Willy Brandt im Deutschen Bundestag nach der Regierungserklärung des vierten Kabinetts Adenauer sagte: "Ich appelliere an dieses Haus und an die Regierung, im Interesse der Zukunft unseres Volkes diese Bereitschaft ernst zu nehmen, das Große über das Kleine, die Verantwortung für das Ganze über die Taktik des Tages zu stellen. Das erwarten unsere Menschen hier, und dazu beschwören uns die Menschen hinter der Mauer. Die Antwort darauf und die Verantwortung dafür liegen bei uns allen".

Wenn diese sozialdemokratische Grundauffassung einfach beiseite geschoben und ein völlig entgegengesetztes Bild der Sozialdemokratie entworfen, wenn Parteigeizismus selbst über ein Minimum an Zusammenhalt gestellt wird - wozu eine gefährliche Entwicklung wird dann eingeleitet: Hinter dem Parasol einer verkleudeten Sozialdemokratie könnte sich der Koalitionsstreit bis zur absoluten Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung auswachsen, ohne daß diese Unfähigkeit in das öffentliche Bewußtsein eindringt. Wenn sich so etwas zum System ausdehnt, könnte sich hinter den Kulissen sonstwas abgespielen und auf der Bühne wäre doch immer nur eine SPD zu sehen, die sich ins Püschchen lacht. Von einer mitverantwortlichen, unseren Staat tragenden Partei eine solche Karikatur zu entwerfen, das dient gewiß nicht der Demokratie. Die Haltung, die zu solchen Suggestionen veranlaßt, ist nichts anderes als ein Stück unbesülligter Vergangenheit.

Grenzen der Technik und der Moral

(rh) Die Sturmflutkatastrophe in Norddeutschland in dem am stärksten betroffenen Hamburg hat eine bittere und hoffentlich sehr heilsame Lehre gegeben - sie hat in drastischer Weise die Grenzen unseres technischen Könnens und Vermögens offenbart und damit geradezu bloßgestellt. Wir sind noch lange nicht so große Könner und so vollkommen in unserer Technik, daß wir einer Naturkatastrophe jederzeit gewachsen wären. Es hat sich in erschreckender Weise gezeigt, daß wir nicht nur auf See, sondern auch tief im Lande drinnen, 120 km von Meer entfernt, der Gewalt einer außergewöhnlichen Sturmflut nicht widerstehen können.

Der Mensch will zum Mond starten, und er ist stolz darauf, daß seine Raketen 11.000 km weit fliegen können. Aber unsere Deiche gegen die Gewalt der Sturmfluten sind so brüchig, daß sie eine außergewöhnliche Belastung nicht ausgehalten haben. Wie alt sind eigentlich diese Deiche und wann würden sie dem letzten Stand unserer Erfahrungen angepaßt? Immerhin hat es vor einigen Jahren eine folgenschwere Sturmflutkatastrophe in Holland gegeben und man hat dabei erkannt, daß die Deiche nicht ausreichten. Vor kurzem erst hat der Gedanktag der großen Sturmflutkatastrophe in Nordfriesland, der "Großen Männertränke", Gelegenheit gegeben, daran zu erinnern, daß Sturmflut und normales Fluthochwasser zusammenfallen und die Widerstandskraft der Deiche sich heute noch überfordern könnten.

Wir verfügen über die modernsten Nachrichten- und Warnanlagen und sind auch sehr stolz darauf. In Hamburg, südlich der Elbe, hat die Warnung der von der Sturmflut betroffenen Gebiete und Menschen nicht ausgereicht. Zunächst sind die Menschen in der Nacht von den Wassermassen überrascht worden. Wenn bei einem der üblichen Stürme die Windrichtung auf Nordost dreht, werden die Wassermassen der Elbe landeinwärts getrieben und der Strom tritt sehr oft im Hamburger Hafengebiet über die Uferkaim. Schon am Freitag tobte über der Nordseeküste ein Orkan und der Wind sprang auf Nordwest über. Genügte da nur Hochwasserwarnungen? An manchen Stellen war es unverkennbar, daß die Flut noch weiter steigen werde. Die Menschen vertrauten darauf, daß es ja "immer geklappt" hätte - daß die Deiche so weit im Land brechen könnten, erschien wohl unvorstellbar: "Heutzutage, bei unserer Technik?"

Dann kam für Hamburg ein technischer Notstand, wie er seit den Bombennächten nicht mehr verzeichnet wurde. Am Samstag und Sonntag waren große Teile der Stadt ohne Licht, ohne Gas, ohne Wasser, ohne Telefon. Bei den Hochhäusern zeigte es sich, daß der Ausfall von Strom auch das Versagen der Wasserzufuhr zur Folge hatte. Die öffentlichen Verkehrsmittel konnten nur einen Notverkehr aufrechterhalten, wo es ging, wurden Busse eingesetzt. Auch die Gaststätten funktionierten nur dort, wo man sich auf Notbehelfe stützen konnte, viele gas- und stromlosen Hamburger waren froh, etwas Kaltverpflegung im Hause zu haben, andere wieder versuchten ihr Glück mit Wanderungen von einer Gaststätte zur anderen. In den Abend- und Nachtstunden erhellte der Mond die Straßen der lichtlosen Bezirke. Es sah gespenstisch aus. Die wichtigsten E-Werke Hamburgs stehen in der Nähe der Elbe. Auf dem Wasser wird die Kohle herangeschafft. Die Sturmflut brachte vier von ihnen zum Stillstand und dazu die beiden wichtigsten Gaswerke. Das deutsche Verbundnetz brach bis zur dänischen Grenze zusammen.

Über Presse und Funk wurde die Hamburger Bevölkerung seit Samstag mittag aufgerufen, keine Fahrten in die Katastrophengebiete zu unternehmen, um den Verkehr nicht zu überlasten. Alle Fahrzeuge, die im Hilfeinsatz waren, mußten ja Vorrang auf den Straßen haben. Das alles hat Tausende von PKW-Besitzern nicht davon abhalten können, mit Kind und Kegel "mal nachzusehen, was denn eigentlich los ist". Stundenlang waren wichtige Straßen zu den Katastrophengebieten von den Autos Neugieriger blockiert und verstopft, die unbedingt auch die Elbbrücken passieren wollten, obwohl deren Fahrbahnen in Wasser standen. Der Einsatz der Hubschrauber war für viele eine schöne, für andere wieder lediglich eine sensationelle Offenbarung.

Die Grenzen der menschlichen Moral enthüllten sich aber noch auf andere, grausigere Weise. Es gab Tanzvergnügen am Samstag und Sonntag, die nicht abgesagt wurden. Es gab "empörte" Besucher eines Jazzkonzertes und anderer Lustbarkeiten, die es nicht verstehen wollten, daß die Veranstalter den Ernst der Situation erkannt hatten. Zu den Grenzen unserer Technik gesellten sich so die Grenzen unserer menschlichen Moral, die offenbar vielfach so brüchig sein muß, wie viele der Beiche, auf die man sich verlassen hatte.